

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 30 (2017)
Heft: 4

Artikel: Der Tanz ums Provisorische
Autor: Hildebrandt, Hans Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-730936>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Tanz ums Provisorische

Das geplante Bundesasylzentrum in Zürich betont das Vorübergehende. Dabei könnte die Architektur so dauerhaft sein wie die Auseinandersetzung mit dem Problem.

Text:
Hans Georg Hildebrandt
Visualisierungen:
NRS in situ

Das Duttweiler-Areal in Zürich West ist zwar Endpunkt einer dekorativen, neuen Brücke, aber zurzeit noch ein Werkhof mit Camion-Parkplätzen. Die Stadtbehörden, stets Möglichkeiten suchend, um die ihr vom Bund zugeteilten Menschen auf der Flucht oder auf Asylsuche unterzubringen, planen auf dem Areal ein Bundesasylzentrum, das dringend benötigt wird. Dort sollen neu eingereiste Personen wohnen, bis ihr Status abgeklärt ist, sowie Kinder und unbegleitete Jugendliche unterrichtet werden. Am 24. September werden die Stadtzürcher Stimmberechtigten über den Bau des Zentrums abstimmen.

Bereits entschieden ist, dass kein dauerhaftes Gebäude, sondern eines der zahlreichen Provisorien entstehen soll, für die die Stadt Zürich berühmt ist. Denn als stadteigene «strategische Landreserve» steht das Areal nach dem Willen der Stadtregierung für eine definitive Nutzung nicht zur Verfügung. Das geplante Zentrum soll gemäss SP-Stadtrat Raphael Golta einen «dörflichen Charakter» ausstrahlen und 25 Jahre halten. Ausgelegt ist es auf das beschleunigte Asylverfahren, das seit 2013 in einem anderen Provisorium getestet wird. «Die Stadt Zürich hat sich darum beworben, dieses Bundeszentrum zu bauen, denn die 360 dort untergebrachten Personen werden dem Kontingent der zurzeit rund 2700 Menschen angerechnet, die der Kanton uns zuteilt. Das heisst, wir müssen weniger eigenen Wohnraum suchen», sagt Kathrin Kuster, Departementssekretärin des Stadtzürcher Sozialdepartements. Wird das Vorhaben abgelehnt, kann die «Nimby»-Geisteshaltung einen Sieg feiern: Das Akronym steht für «not in my backyard», nicht in meinem Hinterhof. Denn der Kanton Zürich müsste dann überall sonst nach Ersatzplätzen suchen, um die Bundeskontingente zu erfüllen.

Bitte nicht schön

Geplant hat das Provisorium das im temporären Bau erfahrene Architekturbüro «NRS in situ». Es plante bereits das «Basislager» in Zürich-Altstetten, eine Fusion aus Container-Wohnsiedlung für Asylbewerber und Cluster für junge Unternehmen aus der Kreativwirtschaft siehe Hochparterre 8/15. Hinzu kommen Pläne für zwei temporäre

Wohnsiedlungen in Holzmodulbauweise in Seebach und Leutschenbach, weitere Vorhaben sind in Arbeit. «Auf dem Duttweiler-Areal wäre es allerdings genauso interessant gewesen, dauerhaft zu bauen und Nachnutzungen wie günstige Studentenwohnungen oder Gewerberäume vorzusehen», meint der Architekt Pascal Angehrn von «NRS in situ». Die Ursache für temporäre Bauten liege oft im politischen Bereich. Sie müssten rasch akute Situationen lösen, dürften in der Nachbarschaft aber nicht auf zu viel Widerstand stossen. Auf einer strategischen Landreserve wie dem Duttweiler-Areal einen Konsens für definitive Gebäude und Nutzungen herzustellen, wäre in befristeter Zeit ohnehin kaum möglich.

Menschen auf der Flucht und mit unklarem Status dürfen also nicht «schön» untergebracht werden. Das sähe nach der gefürchteten «Willkommenskultur» und teurer Bauweise aus. Gefragt sind technokratische Looks für bürokratische Vorgänge. «Vor diesem Hintergrund eine menschenwürdige Lösung zu finden, die auch städtebaulich einen Beitrag leistet, ist Aufgabe der Architekten», sagt Angehrn. «Mittlerweile erfahren wir aber ein Umdenken bei vielen Gemeinden: Sie sehen langfristige Lösungen mit Mischnutzungen oder Nachnutzungen vor.» Denn temporäre Bauten seien über den ganzen Lebenszyklus hinweg nicht unbedingt günstiger als beständige. «Das Modulare und das Temporäre funktionieren bei raschen, unvorhersehbaren Aufgaben, auf befristeten Standorten oder bei städtebaulichen Experimenten, um an bestimmten Orten unkompliziert Nutzungen zu initiieren.» Dass das Provisorium auf dem Duttweiler-Areal zum Providorium werde, befürchtet Angehrn dagegen nicht: «Temporäre Siedlungen werden weggezügelt, wenn ihre Nutzungszeit vor Ort abgelaufen ist, denn sie lassen sich andernorts weiterverwenden – vorausgesetzt, sie wurden flexibel geplant und robust gebaut.»

Temporäre Wohnsiedlungen für «Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs», so die Sprachregelung, stehen auch in Zürich-Seebach zwischen Siedlungsrand und Autobahn oder auf den Fundamenten eines ausgedienten Getränke-lagers in Leutschenbach. Sie seien dort als Zwischennutzungen gedacht, sagt Thomas Schmutz, Mediensprecher der Asylorganisation Zürich (AOZ), Bauherrin dieser Siedlungen. Auch Schmutz räumt ein, dass die Architektur provisorisch gehalten sei, um die Akzeptanz →



Das geplante Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal in Zürich West. Links angeschnitten der Toni-Neubau, rechts die Gleisbogenbrücke.



Das Zentrum von innen: Trotz provisorischer Bauweise menschenwürdige Räume schaffen, lautet die Aufgabe für die Architekten.

→ bei den Anwohnern zu erleichtern. Nachbarn solcher Wohnprojekte befürchteten oft, ihr Lebensumfeld würde abgewertet. In der Realität wichen diese Befürchtungen in aller Regel der Erkenntnis, dass sich nicht viel ändere.

Beständig wäre besser

Politischer Druck gegen das Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal kam von bürgerlicher Seite, etwa vom Gewerbeverein Kreis 5. Es gebe zwei Probleme mit dem Projekt, sagt Elisabeth Schoch, Sprecherin des Vereins, Unternehmensberaterin und FDP-Gemeinderätin der Stadtkreise 4 und 5. Zum einen werde sich «das Provisorium als Zürcher Prinzip ganz sicher auch hier durchsetzen». Zum anderen sei eine bloss zweistöckige Nutzung mitten im Hochhausquartier einer Stadt, die zum gemeinnützigen Wohnbau verpflichtet sei, nicht schlüssig. «Die rot-grüne Stadtregierung hat sich geweigert, zur Verwirklichung eines dauerhaften Projekts Hand zu reichen», so Schoch. Der Gewerbeverein wolle sich der Verpflichtung zur Flüchtlingsaufnahme keinesfalls verweigern, die Unterbringung im Basislager oder im Juchhof in Altstetten sei richtig. «Die Zwischennutzung auf dem Duttweiler-Areal ist dagegen eine vertane Chance.» Sinnvoller, findet Schoch, wären an diesem exponierten Ort ein Zentrum für das neue Quartier oder gemeinnützige Wohnungen gewesen, statt nun mittels eines Asylzentrums jene Durchmischung zu erzwingen, auf die während der Planung von Zürich West offenbar zu wenig Wert gelegt wurde.

Bereits 2013 warf sich das Bauunternehmen Halter in die Bresche, um Alternativen für die Überbauung des Areals aufzuzeigen – inklusive Asylzentrum. Von der Stadt Zürich erhielt Halter allerdings keine positive Rückmeldung, und so verweist heute nur noch eine Website auf die

aufwendig durchdachte Alternative. «Unser Vorschlag integrierte die Asylunterkunft in einen dauerhaften Bau mit Wohn- und Gewerberäumen», blickt der Bau- und Immobilienunternehmer Balz Halter zurück. «Wir waren der Ansicht, dass das Gelände städtebaulich und für die Stadtentwicklung mehr Potenzial hat, als Platz für ein Provisorium zu bieten.» Ein dreigeschossiger Sockelbau hätte Gewerbeflächen und das Asylzentrum enthalten, die zwei 65 Meter hohen Türme darüber Mietwohnungen. Private Investoren könnten und sollten an solchen Vorhaben weiterhin interessiert sein, bekräftigt Halter, der es auch für denkbar hält, die Leerstände in Büro- und Gewerbebauten für das Asylwesen zu nutzen. «Der Einbau nötiger Infrastrukturen wäre zwar kostenintensiv, aber ich kann mir vorstellen, dass er sich über einen Zeitraum von 25 Jahren rechnen würde.» Halters Projekt auf dem Duttweiler-Areal stand zwar der städtischen Sicht entgegen, auf der strategischen Landreserve komme nur ein Provisorium in Frage. Dass jenes im Gegenzug eine Überbauung mit dem Zeug zum Quartierzentrum auf 25 Jahre hinaus verhindert, stellt die städtische Sicht aber wiederum infrage.

Die Kritik am geplanten Zentrum ist nicht fremdenfeindlich, und die Argumente wirken nachvollziehbar. Trotzdem dürfte auf den herbstlichen Abstimmungstermin hin Gehässigkeit aufkommen – schon deshalb, weil das Zentrum auch illegale Einwanderer verwalten darf. Da wird sich auszahlen, dass die Kosten im Rahmen bleiben: Total 24,5 Millionen Franken sind veranschlagt, wobei das Gebäude mit 18,8 Millionen um 3,6 Millionen unter der Vorgabe bleibt und nicht teurer als konventionelle Bauten wird. Zudem übernimmt der Bund als Mieter sämtliche Kosten. Vielleicht wäre es an der Zeit, auf Gehässigkeiten mit wirtschaftlichen Argumenten zu antworten: Asylsu-



Mut zur Innovation

Unserem Planeten schwinden die natürlichen Ressourcen, die CO₂-Emission steigt. Wir können zuschauen oder neue Wege gehen. Konventionelle Bauprojekte verschlechtern die CO₂- und Ressourcenbilanz. Holzbau denkt in die Zukunft – Holz lebt. Ein natürlicher Rohstoff, der höchsten Ansprüchen gewachsen ist – nachhaltig und ökologisch, gesund und natürlich. Moderner Elementbau besticht durch variantenreiche Planung bei einfacher Umsetzung und voller Kostensicherheit.

Die Natur zurück in unsere Städte führen - Innovatives Denken zeigen.

Wir freuen uns auf Sie – Tel 062 919 07 07 oder www.hector-egger.ch



chende kosten nicht nur, sondern schaffen auch Stellen, sorgen im Gewerbe für Umsatz und geben das vom Staat zur Verfügung gestellte Geld meist lokal wieder aus. Bei 2700 betreuten Personen und 3000 Franken Ausgaben pro Person und Monat fliesst eine ansehnliche Summe vom Bundeshaushalt ins städtische Sozialprodukt.

Für Pensionskassen zu unsicher

Inzwischen zeichnet sich eine Tendenz vom Temporären zum Soliden ab. 2016 etwa erstellte Schlieren Wohnungen für 58 Asylbewerber in einem auf Jahrzehnte ausgelegten Bau. Provisorien seien für Bedarfsspitzen geeignet, sagt Albert Schweizer, Bereichsleiter Liegenschaften der Stadt Schlieren. Doch das Problem sei dauerhaft, also brauche es auch dauerhafte Bauten. Menschen auf der Flucht werde es immer geben, und solide Häuser schüfen für sie eher ein menschenwürdiges Lebensgefühl. Der 2,8 Millionen Franken günstige Bau passierte die Abstimmung mit 78 Prozent Ja-Stimmen. Projektiert hat ihn Landis Architektur in Schlieren, ausgeführt das Zürcher Büro Suisseplan, die Wohnungen betreibt die Asylorganisation Zürich. Von der Idee, leerstehende Büros oder Gewerbebauten für das Asylwesen zu nutzen, hält Schweizer dagegen wenig: Die Bewilligungsverfahren seien zu aufwendig, und er bezweifle, dass sie positiv ausgingen.

Weil das Asylwesen eine öffentliche Aufgabe ist, stellt in der Regel der Staat den Boden zur Verfügung. Es liegt an dieser Tatsache und nicht an einem grundsätzlichen Unwillen, dass private Investoren zurückhaltend sind, wenn es ums Investieren in Bauten für Flüchtlinge und Asylbewerber geht. «Als Anleger sind wir oft gezwungen, langfristiger zu denken als die Politik», sagt etwa Joris Van Wezemaal, Portfoliomanager bei der Pensimo, die Anlagestif-

tungen für Pensionskassengelder leitet. Bei Projekten in Zonen für öffentliche Bauten seien Rückfalloptionen wie etwa eine Weiterführung als gewöhnliche Wohnbauten oft nicht gegeben. Somit seien die notwendigen Sicherheiten, um das zwangsgesparte Vermögen der Bevölkerung darin anzulegen, nicht gegeben, bilanziert Van Wezemaal.

Doch solange die Schweiz reich und durch internationale Verträge dem Asylrecht verpflichtet bleibt, und solange die Welt nicht aufgrund einer Reihe von Wundern ein ausgesprochen harmonischer Ort wird, solange wird die Schweiz Flüchtlinge unterbringen müssen – an dieser Tatsache führt kein provisorischer Bau vorbei. Je dauerhafter aber das Problem, desto logischer wäre es, dieses auch dauerhaft zu lösen. Zum Beispiel, indem die genannten Unsicherheiten beseitigt und sinnvolle, legale Möglichkeiten geschaffen werden, um Pensionskassengelder im Asylbereich zu investieren – was den allenthalben beklagten Investitionsstau der Pensionskassen verflüssigen helfen könnte. Wer weiss, vielleicht gibt es auch dazu bald eine Initiative. ●

Einen kritischen Überblick und Ortsbesuche in Unterkünten für Geflüchtete in den Kantonen Zürich und Graubünden bietet der Artikel «Zwischen angemessenem und rentabel» in Hochparterre 5/16.



VELUX Flachdach-Fenster

Licht und Luft für Innovationen. Zeitgemäßes Design, maximale Wärmedämmung, nicht sichtbare Motoren und optimaler Lichteinfall: Ein VELUX Flachdach-Fenster vereint Funktionalität und Ästhetik in einem und fügt sich perfekt in jede Architektur ein. Die geprüfte Durchsturzicherheit ohne störende Schutzgitter sorgt für Sicherheit auf höchstem Niveau. Weitere Lichtblicke für mehr Tageslicht finden Sie auf velux.ch/flachdach

VELUX®